



**BÜRGERALLIANZ**  
**Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben e. V.**

## Pressemitteilung

Pößneck, den 22.01.17

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bitten um die Veröffentlichung unserer Pressemitteilung. Für Rückfragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung. Wir möchten Sie zu unserer Veranstaltung recht herzlich einladen.

Die Bürgerallianz Thüringen, der Dachverband Thüringer Bürgerinitiativen gegen überhöhte Kommunalabgaben, veranstaltet am **Freitag, den 27. Januar 2017 um 15:00 Uhr in Gera, in der IHK Ostthüringen - Gaswerkstraße 23**, eine weitere Regionalkonferenz. Im Mittelpunkt der Versammlung stehen die Stellungnahme der Bürgerallianz zur geplanten Gesetzesänderung des Thüringer Kommunalabgabengesetz (ThürKAG) hinsichtlich der Änderung des neuen Stichtages 01.01.2016 für die Rückwirkung von Straßenausbaubeiträgen, die Diskussion zur vorgesehenen Änderung des Thüringer Wassergesetzes und die Kooperationsvereinbarung der Bürgerallianz Thüringen mit dem Verband Deutscher Grundstücksnutzer (VDGN).

Die Bürgerallianz Thüringen hält weiterhin an Ihren Forderungen fest, die Straßenausbaubeiträge (SAB) und die Herstellungsbeiträge für Entwässerungseinrichtungen per Gesetz abzuschaffen. Dazu ist eine Änderung des ThürKAG und weiterer Gesetzesnormen, wie z.B. die ThürKO, durch die Landesregierung zu initiieren und durch den Thüringer Landtag zu ändern. Zur mündlichen Anhörung des Innen- und Kommunalausschusses des Thüringer Landtages am 31.01.17 werden wir deutlich machen, dass die angekündigte Veränderung der Stichtagsregelung für die rückwirkende Erhebung von Straßenausbaubeiträgen, von bisher 1991 auf den 01.01.2006, für uns nicht ausreichend ist und daher abgelehnt wird. Wir sprechen uns für ein Gesetz zur Änderung des ThürKAG zur Begrenzung der Erhebung von SAB aus, wobei die **Festsetzungsfrist** künftig gemäß Abgabenordnung **4 Jahre** beträgt.

Derzeit verschicken viele Zweckverbände Sanierungsanordnungen zum Bau von Vollbiologischen Kleinkläranlagen. Das Umweltministerium hat 2016 mit einer Änderung des Thüringer Wassergesetzes Veränderungen angekündigt, wo z.B. Gruppenkläranlagen im Eigentum der Zweckverbände ermöglicht werden sollen. Zur Zeit wird bei der Abwasserentsorgung der ländliche Raum in Thüringen massiv benachteiligt. Diese soziale Ungerechtigkeit muss beendet werden. Wir fordern die Landesregierung auf, dass Thüringer Wassergesetz dahingehend zu ändern, dass die Abwasseranlagen in Gemeinden, die nicht an eine zentrale Kläranlage angeschlossen werden sollen, Eigentum der Zweckverbände werden und Wartung, Instandsetzung oder Reparaturen, so wie in den Städten und Gemeinden, wo es zentrale Kläranlagen gibt, Aufgabe der Zweckverbände wird.

Beim dritten Thema werden wir gemeinsam mit Vertretern des VdGN über die praktische Umsetzung der Kooperationsvereinbarung diskutieren.

In der abschließenden Diskussion mit den Bürgerinitiativen wollen wir auch auf die Auswirkungen der Gebietsreform eingehen. Die Bürgerallianz prüft derzeit, ob es dahingehend negative Auswirkungen bei der Höhe der Grund- und Gewerbesteuer gibt und ob zusätzliche finanzielle Belastungen durch weitere Herabstufungen bestehender Landes- oder Kreisstraßen zu Gemeindestraßen, nach dem Thüringer Straßengesetz, für Kommunen und Bürger entstehen können.

Freundliche Grüße

Wolfgang Kleindienst  
Landesvorsitzender